

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 63 (1984)

Heft: 6

Artikel: Über die Dimension der Raketenstationierung : Deutschland und die Atomwaffen

Autor: Bahr, Egon

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340134>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland und die Atomwaffen

Von Egon Bahr

Egon Bahr, Jahrgang 1922, ist Mitglied des SPD-Parteipräsidiums, Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung des Bundestages und gehörte der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit der UNO an.

Nun ist die Deutsche Frage von den Atomwaffen eingeholt worden. Das ist erstaunlich, nachdem es Gefechtsfeldwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik schon seit rund 25 Jahren gibt. Aber die Pershing II hat eben wirklich eine neue Qualität. Ihre Initiatoren haben ihre Auswirkung auf die Deutsche Frage sicher nicht gewollt, wahrscheinlich nicht einmal gesehen.

Ich beziehe mich auf den Artikel «The German Problem Revisited» (Atlantic Quarterly, Issue 3, Autumn 1983) von Gabriel Robin, diplomatischer Berater der Präsidenten Pompidou und Giscard d'Estaing und politischer Direktor des Quai d'Orsay. Dort heißt es: Die Bundesrepublik Deutschland war in hohem Masse ein Land wie jedes andere und tatsächlich stabiler und wohlhabender als die meisten . . . Jede Umfrage bestätigte, dass der deutsche Mann auf der Strasse sich wenig Gedanken über die Wiedervereinigung machte . . . Wenn von Zeit zu Zeit ein deutscher Politiker sich in Phrasen erging wie: «Die Geschichte hat noch nicht ihr endgültiges Urteil über die Teilung Deutschlands gesprochen», dann wäre es falsch gewesen, so etwas ernst zu nehmen: Jeder intelligente Mensch

wusste, dass es sich um blosse Rhetorik des normalen politischen Lebens handelte.

Zweifellos gibt Robin nicht nur seine persönliche Meinung wieder, sondern eine Auffassung, die von vielen Beobachtern in westlichen Ländern geteilt wird. Dort hat man wirklich angenommen, die Deutsche Frage sei «abgehakt». Die Auffassung der damaligen CDU/CSU-Opposition, die Ostverträge bedeuteten das Ende der Deutschen Frage, war überzeugender als die Versicherungen der sozialliberalen Regierung oder der Spruch des Bundesverfassungsgerichts, dass der Anspruch auf Deutschlands Selbstbestimmungsrecht durch die Verträge unangetastet geblieben ist. Sicher kam dazu, dass man bei unseren westlichen Nachbarn (wohl auch bei unseren östlichen) nur hörte, was man wünschte: endlich Schluss mit den deutschen Querelen.

«Wenn Ihnen jemand sagt, die Deutsche Frage gibt es nicht mehr, so seien Sie misstrauisch: Entweder Ihr Gesprächspartner lügt oder er ist dumm», so hat mich der langjährige französische Botschafter in der Bundesrepublik, François Seydoux, in seinen Erinnerungen zitiert. Ein unangenehmes Problem ist nicht deshalb weg, weil man es verdrängt. Ein Teil des Erstauens, des Misstrauens, der Sorge, die man im Westen heute über die Deutschen hört, ist das Ergebnis der Verdrängung, der falschen Einschätzung des deutschen Problems.

Die Bundesrepublik kann niemals ein Staat wie jeder andere im westlichen Bündnis sein, weil

sie der einzige Staat ist, dessen nationales Problem ungelöst blieb.

Die Ostverträge, insbesondere der Grundlagenvertrag, haben die nationale Frage zurückgestuft. Aus der Erkenntnis, dass sie in überschaubarer Zeit unlösbar sein würde, im Interesse der Stabilität in Europa, also um den Frieden sicherer zu machen, damit die ungelösten Probleme der Vergangenheit keine Gefährdung unserer Zukunft bedeuteten, um die Situation zwischen den beiden Staaten zu erleichtern, im Interesse der Menschen wurde der Gewaltverzicht vereinbart: Die bestehenden Grenzen, ungeliebt, Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, von den Siegern bestimmt, wurden unter das uneingeschränkte Gebot des Gewaltverzichts gestellt. Aber niemand durfte die Illusion haben, dass damit die Deutsche Frage «erledigt» sei; die Sowjetunion nahm den «Brief zur Deutschen Einheit» an.

Robin fährt fort: Das Bild sah Anfang 1983 schon sehr anders aus. Ein volliger Wechsel hatte stattgefunden. Das Image eines ergebenen und vernünftigen Deutschland hatte sich verflüchtigt. Statt dessen bot sich ein rätselhaftes und beunruhigendes Bild . . . Früher einmal war deutscher Pazifismus ein bedeutungsloses Phänomen gewesen; nun wurde er als gefährliche und ansteckende Krankheit betrachtet . . . Der alte Alptraum einer deutschen Aussöhnung mit dem Osten, von dem jeder glaubte, man habe ihn für immer «ausgetrieben» (exorcised), kehrte zurück . . . Bei dieser allgemeinen Neueinschätzung spielte

Frankreich eine bemerkenswerte Rolle. Frankreichs Präsident kam nach Bonn, um den Französisch-Deutschen Vertrag von 1963 zu feiern, dessen Unterzeichnung er zum damaligen Zeitpunkt heftig widersprochen hatte. Es geschah ohne Beispiel, dass der französische Staatschef mitten in einem Wahlkampf im Bundestag das Wort ergriff und in der Auseinandersetzung der beiden grossen deutschen Parteien offen Stellung bezog. Noch überraschender: Ein sozialistischer Parteiführer ergriff Partei für die Rechte, nicht für die Linke. In Wirklichkeit leistete er noch mehr. Mitterand war prominentes Mitglied aller Regierungen der Vierten Republik gewesen, die der Wiederbewaffnung Deutschlands so lange heftig widersprachen, bis ihre Kraftlosigkeit sie zwang, den Weg freizugeben. Deshalb wirkte es wie Ironie, ihn jetzt die Deutschen drängen zu sehen, sich der Notwendigkeit von Atomwaffen auf dem eigenen Boden zu fügen, die denen Frankreich mehr oder weniger gleichen.

Ich möchte hier nur auf zwei Aspekte dieser interessanten Überlegungen Robins eingehen. Die Hoffnung auf Ergebenheit und die Sorge vor Aussöhnung mit dem Osten sind wohl in Frankreich stärker als in anderen westlichen Ländern. Das ist verständlich durch die fundamentalen Gegebenheiten der Geographie und des Interesses, die Frankreich unentrinnbar vor die Alternative stellen, die Bundesrepublik entweder als Glacis der eigenen Strategie und Sicherheit oder als Teil der eigenen Sicherheit zu sehen; letztere Alternative wird bekanntlich in Paris überwiegend abgelehnt. Aber zweifellos hat die Bundesrepublik im Ergebnis der Ostverträge die politische Selbständigkeit gegenüber den Staaten Osteuropas gewonnen, die, im-

mer innerhalb der Loyalitäten des eigenen Bündnisses, die anderen Partner der NATO schon vorher hatten. Oder um es in den Worten Robins zu sagen: Für die Deutschen bedeutete die Entspannung noch etwas mehr. Den geographischen Status quo zu akzeptieren, war ein Mittel zur Veränderung der bestehenden politischen Ordnung. Sie erkannten die DDR und die Oder-Neisse-Grenze an, aber gewannen im Gegenzug mehr Raum zum Manövriren. Bis zur Mitte der siebziger Jahre waren die Errungenschaften für beide Seiten beeindruckend.

Der Graben zwischen den beiden Deutschland hatte angefangen sich abzuflachen. Die Entwicklung war langsam, aber beständig. Die Bundesrepublik blieb nicht länger der bevorzugte Watschenmann sowjetischer Propaganda. Immer noch ein ökonomischer Riese, hörte sie auf, ein politischer Zwerg zu sein. Für Moskau war sie ein respektierter Partner geworden, zunächst im Handel, aber zunehmend auch auf politischem Gebiet. In der atlantischen Allianz als «senior member» voll anerkannt.

Man kann nicht besser als Robin ausdrücken, warum die Bundesrepublik an der Entspannung interessiert war und bleibt und, was wichtiger ist, was wir im Begriff sind zu verlieren, und einige hoffen das. Nachdem Robin schildert, wie und warum die Entspannung Ende der fünfziger Jahre beendet wurde, kommt er zu dem Ergebnis: Die Konsequenzen für Deutschland sind ganz offenkundig. Einmal mehr wurde Bonn abgehängt . . . Sicherheit, Gleichheit und Einheit standen im Vordergrund deutscher Politik . . . Zweifellos wurde Fortschritt erreicht, aber nicht in dem Ausmass, dass sich Deutschlands Lage beträchtlich geändert hätte . . . Die meisten Diskriminierungen sind beseitigt worden,

die hauptsächliche besteht jedoch weiter, nämlich die Verbannung vom Besitz der Nuklearwaffen. Die Teilung ist weniger einschneidend, als sie es war, aber nicht überwunden . . . Seine Alliierten hofften zweifellos, die Deutschen würden sich im Verlauf der Jahre an die Situation gewöhnen und bereit sein, sie zu akzeptieren. Das ist nicht eingetreten.

Die Franzosen verlassen sich nur zu gern auf Washington, wenn es darum geht, die Bundesrepublik zu überwachen, und auf Moskau, wenn es darum geht, die Wiedervereinigung zu verhindern. Der Status quo passt ihnen sehr gut, und zweifellos stellen sie sich vor, ihn dadurch zu konsolidieren, dass sie die Deutschen zur Stationierung drängen. Tatsächlich könnte das dazu beitragen, ihn zu verändern.

Was Robin mit aller wünschenswerten Offenheit und Klarheit sagt, hat der *«Spiegel»* als Äusserung des sicherheitspolitischen Sprechers der französischen sozialistischen Partei, Jacques Huntzinger, so berichtet: «Die Stationierung der Pershing II löst für Frankreich das deutsche Problem für die nächsten zwanzig Jahre.» Das ist nicht unlogisch gedacht; denn die potentielle Bedrohung der Sowjetunion vom Boden der Bundesrepublik wird nach den Ankündigungen aus Moskau die Beziehungen zwischen dem Kreml und Bonn abkühlen oder erschweren. Wem diese Beziehungen Sorgen gemacht haben, braucht sich künftig weniger zu sorgen. Die Möglichkeit besteht, dass die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau zurückgestuft werden, etwa auf das, was wir bis 1969 hatten. Die Bemühungen der Bundesregierung sind logisch, Schadensbegrenzungen vorzunehmen; aber ihre Pflicht war es, Schaden abzuwenden.

Auch gegenüber der DDR mit der dort vorgesehenen Gegenstationierung der SS 22 ergeben sich Belastungen, von denen noch niemand sagen kann, wie schwer sie werden. Die beiden deutschen Staaten sind jedenfalls fester im Griff.

Ich glaube nicht, dass die Bundesrepublik, genauer gesagt ihre Menschen und die hier wirksamen politischen Faktoren, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Friedensbewegung, sich beruhigen werden, wenn ihnen diese Dimension der Stationierung erst einmal voll ins Bewusstsein dringen wird.

Robin sieht dies voraus. Er meint: Um es klar zu sagen: Zur Wahl stehen Nuklearwaffen oder Wiedervereinigung. Bei Abwesenheit von Entspannung und wenn die Stationierung erst einmal beginnt, werden die Deutschen nur dann bereit sein, Nuklearwaffen auf ihrem Boden zu stationieren, wenn sie eine gewisse Kontrolle über deren Einsatz haben . . . Solches Verlangen wird vernünftig klingen, da diese Waffen zur Vernichtung des eigenen Landes führen können . . . Statt die Wiedervereinigungsfrage zu Ende zu bringen, könnte die Stationierung sie in eine neue Richtung lenken. Die Wahl könnte für jedermann viel grundsätzlicher, die Herausforderung viel höher werden. Kein vernünftiger Mensch innerhalb oder ausserhalb Deutschlands könnte beides wünschen, Nuklearbewaffnung und Wiedervereinigung . . . Viele Leute wären zufrieden, mit einem sowohl geteilten als auch denuklearisierten Deutschland zu leben, aber die Deutschen selbst wären es nicht. Daher lautet die unvermeidliche Frage, ob es langfristig besser ist, ein atomar bewaffnetes, aber geteiltes Deutschland anzustreben oder ein atomar entwaffnetes, aber vereintes Deutschland. Robin

greift auf alte Ideen de Gaulles zurück und spricht sich für die Wiedervereinigung eines entnuklearisierten Deutschlands aus. Es ist schon erstaunlich, die Wiederbelebung der Deutschen Frage aus Sorge über nukleare Ambitionen von französischer Seite her zu lesen. Was die Pershings so alles bewirken, woran weder die amerikanischen noch die deutschen Befürworter gedacht haben! Das vereinte Deutschland als kleineres Übel — das könnte bei uns manche auf den Geschmack bringen, sei es den nuklearen oder den deutschen.

Sinn für Realitäten gebietet wohl die Feststellung, dass die Alternative, die Robin stellt, falsch ist: Deutschland wird weder die Einheit noch die Verfügung über Atomwaffen in der Bundesrepublik bekommen. Das erste ist nicht erreichbar, das zweite nicht wünschbar. Die Wirklichkeit sieht beide Staaten in der ihnen zukommenden Loyalität zu ihren Bündnissen, die heute die Grundpfeiler der europäischen Stabilität oder (um es mit einem inflationär benutzten Wort zu sagen) des Friedens in Europa bilden. Wer der Überzeugung ist, dass die Aufgabe der kommenden Jahre die Organisation der gemeinsamen Sicherheit, d.h. der Sicherheit der potentiellen Gegner ist, muss sehen, dass dazu die beiden Bündnisse in ihrer Funktionsfähigkeit politisch wie logisch gehören.

Die Nuklearfrage beweist, wenn man so will, brutal, dass es eine isolierte Deutsche Frage nicht mehr gibt. Sie ist mindestens europäisiert worden. Ebensowenig wie man sich eine isolierte Überwindung der Spaltung der Stadt Berlin noch vorstellen kann (darüber wurde bis ein halbes Jahr vor dem Bau der Mauer noch öffentlich nachgedacht), ist heute noch eine Regelung im Sinn der klassischen Einheitsvorstellungen für Deutschland

denkbar, solange Europa politisch, militärisch und wirtschaftlich in zwei Lagern organisiert bleibt.

Was die Deutschen können, können sie nur in den Bündnissen. Die Frage ist, welchen Raum sie dafür haben oder sich schaffen können. Das hat mit einer Analyse zu beginnen, die beide Staaten als potentielles Schlachtfeld sieht, im Falle eines Konflikts gleichermaßen aufs höchste gefährdet und gleichermaßen in einem solchen Falle ohne Entscheidungsmöglichkeiten über existentielle Fragen. Eine solche Situation zu verhindern ist gemeinsames Interesse. Die Grundbedingung ihrer Existenz, nämlich Teilung, steht im Widerspruch zu dem gemeinsamen Grundinteresse, ihren außerordentlichen Grad von Gefährdung zu mindern. Sie werden dies nur insoweit tun können, als damit zu keinem Zeitpunkt ihre Bündnisloyalität in Frage gestellt wird. (Das muss übrigens auch denen klar sein, die bei uns über Lockerungen der bundesrepublikanischen NATO-Bindungen nachdenken. Wer dies überlegt, wird die Möglichkeiten der effektiven Verbesserungen unserer Sicherheit zerstören, die im Zusammenwirken mit Partnern des Warschauer Vertrages möglich sein könnten.)

Sie werden dann auch feststellen, dass es eine Reihe weiterer Staaten gibt, die wie die beiden deutschen nicht über nukleare Waffen verfügen, aber solche auf ihrem Boden stationiert finden. Hier ergeben sich parallele Interessen mit der CSSR oder den Niederlanden oder Polen und Belgien.

Der Grundlagenvertrag, hervorragend bewährt gerade in der Zeit zunehmender Ost-West-Spannungen und nach dem Regierungswechsel in Bonn, hat wirklich die wesentlichen Interessen der beiden deutschen Staaten, solange es sie gibt, in Para-

graphen gefasst und dabei eine Abstimmung über Sicherheitsfragen vorgesehen, die bisher kaum über die Deklamation hinaus gelangt ist, dass vom deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Der Grundlagenvertrag hat im übrigen sehr realistisch das, was die deutschen Staaten in bezug auf die Sicherheit tun können, als europäbezogen formuliert. Was die deutschen Staaten da tun können, tun sie nie nur für sich.

Die Frage ist also, ob sie gewissensmassen modellhaft in der Lage sind, sicherheitsrelevante Vereinbarungen zu treffen, natürlich in Absprache mit ihren Verbündeten, ohne dass dadurch die Strategie ihrer Bündnisse berührt oder verändert wird.

Es ist die Überlegung wert, ob beide Staaten willens oder in der Lage sind zu vereinbaren, dass keine chemischen Waffen auf ihrem Boden gelagert werden. Was den Abzug solcher Waffen angeht, so können die Deutschen offensichtlich nicht über Waffen verfügen, die ihnen nicht gehören. Schon das macht klar, dass dazu Vereinbarungen zwischen ihnen und ihren beiden Hauptverbündeten erforderlich wären. Das könnte diese Verbündeten auch beruhigen, soweit das nötig ist.

Was den Abzug und die Kontrolle der getroffenen Vereinbarungen für die und zwischen den chemiewaffenfreien deutschen Staaten angeht, so ist klar, dass so etwas modellhaften Charakter für grössere Vereinbarungen gewinnen könnte. Gemeinsame Kontrollgruppen hätten sogar den Vorteil, dass sie keine Sprachbarrieren haben.

Gerade insofern können die beiden deutschen Staaten durchaus etwas im Interesse Europas leisten, auch für den Fall von anderen vertrauensbildenden Massnahmen, die für das europäische Zentrum vereinbart werden. Ein chemiewaffenfreies Gebiet in der Mitte Europas würde die Sicherheit der beiden Supermächte nicht gefährden. Es könnte aber dazu einladen, die Nachbarn der beiden deutschen Staaten aufzufordern, diesen Vereinbarungen beizutreten.

Jedenfalls ist es phantasielos und nach bisherigen Erfahrungen nicht erfolgversprechend, die Hoffnung auf eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen zu setzen und dies als Entschuldigung dafür zu nehmen, das zu unterlassen, was im kleinen hier und heute möglich sein könnte. Gerade in einer Zeit, in der zwar nicht die öffentliche Sprachlosigkeit zwischen den

beiden Supermächten abnimmt, aber ihre interne Dialogfähigkeit, könnten die beiden deutschen Staaten auf einem begrenzten Sektor, der den beiden Grossen nicht wehtut, ihnen ein kleines Stück Detail- und Pionierarbeit abnehmen. Die Ergebnisse kämen allen zugute. Solange die Sicherheitsfragen, leider, eine so dominierende Rolle spielen, sollten die beiden deutschen Staaten die Möglichkeiten ausloten, die ihnen geographische Nachbarschaft nahelegt und ihre gemeinsamen Interessen an mehr Sicherheit befahlen. Das ist fruchtbarer als eine neue Runde der Diskussion zur Lösung der Deutschen Frage zu eröffnen, deren Erfolglosigkeit wie bisher sicher ist, zumal sie nur introvertiert westlich möglich wäre.

Es ist ja schön, wenn nun auch viele im Westen zur Kenntnis nehmen, dass es die Deutschen und ihre Probleme noch gibt, aber wir haben keinen Grund, unseren Freunden neue Sorgen zu bereiten. Die Deutschen, im Wesen wie im Osten gebunden, könnten sich und Europa einen Dienst leisten, mit dem einen oder anderen Modell. Man könnte es auch positiv formulieren: Warum soll nicht vom deutschen Boden Frieden ausgehen?

Vor den Wahlen in Israel

Geht die Ära Begin zu Ende?

Von Theodor Bergmann

Im Juli wird in Israel gewählt. Entscheidend wird sein, ob der Arbeiterblock Maarach den Likud-Block ablösen kann. Theodor Bergmann, Professor an der Universität Stuttgart, hat sich kürzlich einige Wochen lang in Israel umgesehen und umgehört. Dies sind seine Schlussfol-

gerungen über die gegenwärtige Situation.

Im März stürzte endlich die Rechtsregierung in Israel unter Shamir und Levi, zu der auch Sharon gehörte. Sie zerfiel an ihren inneren Widersprüchen, weil die Koalitionsparteien als

kleine Lobbies sich über die Grundfragen der Politik nicht mehr einigen konnten, weil wohl die grosse Mehrheit der Israelis dieser Regierung und ihrer katastrophalen Politik überdrüssig ist. Nie ist in Israel ein Politiker so grossmäigig angetreten und so leise weggetreten wie jener